Protokoll über die Sitzung Nr. 8/2021 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 12. Juli 2021 um 14:00 Uhr im Ratssaal

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder Gruppe CDU/WBV

Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ausschussmitglied Martin Harms
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion

Beigeordnete Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Ratsmitglied Gesche Marxfeld
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordneter Andreas Tönjes
Ratsmitglied Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriße

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Helga Weinstock

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns
Stadtrat Niksa Marusic
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Jürgen Janßen - Fachbereichsleitung Wirtschaft und Regionalmanagement
Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination
Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination
Tino Hoffmann - Fachbereichsleitung Städtische Datenverarbeitung
Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

als Gast

Alexander Leonhardt - Geschäftsführer Wirtschaftsförderung GmbH

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 17.05.2021	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Bewerbung der Stadt Wilhelmshaven für die Landesgartenschau (LAGA) 2026	**195/2021**
4.2	Neubau des Trilateralen Weltnaturerbe Wattenmeer Partnerschaftszentrum (TWWP) – Gesamtkostensituation und Fortführung des Projektes	**201/2021**
4.3	Antrag Gruppe Die FRAKTION: Entwicklung der Stadt zum Wissens- und Innovationsstandort 1. Lesung	**539/2021**
4.4	Antrag Gruppe GUS: Kostenloser Eintritt für Kinder und Jugendliche im Freibad Nord und im Nautimo	**546/2021**
4.5	Antrag AfD-Fraktion: Kostenloser Eintritt für Kinder und Jugendliche im Freibad Nord und im Nautimo	**545/2021**
4.6	Antrag Gruppe CDU/WBV: Neue Stadthalle	**547/2021**
5	Vorlagen an den Verwaltungsausschuss	
5.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA	**179/2021**
6	Mitteilungen und Anfragen	
6.1	Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung	
6.2	Budget- und Produktberichte zum 30.04.2021 - Teilhaushalte 103, 113, 420, 666 und 999	
6.3	Haushaltsbericht zum 30.04.2021	
6.4	Bericht zur Stabilisierungshilfe	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Becker**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schönfelder schlug vor, den Antrag der Gruppe GUS (BV Nr. 546/2021) bezüglich des kostenlosen Eintritts für Kinder und Jugendliche im Freibad Nord und Nautimo vor dem Antrag der AfD-Fraktion (BV Nr. 545/2021) zu behandeln, da der Antrag der Gruppe GUS weitgehender sei.

Herr Moriße sprach sich deutlich gegen die Änderung der Reihenfolge aus.

Daraufhin rief **Herr Becker** zur Abstimmung über die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte auf.

Die Änderung der Tagesordnung wurde mit 14 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich beschlossen.

Die Beschlussvorlage Nr. 546/2021 wird damit nach den Tagesordnungspunkt 4.3 und vor der Beschlussvorlage Nr. 545/2021 behandelt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 17.05.2021

Herr Tönjes kritisierte, dass die Zeitspanne zwischen der Sitzung und der Zurverfügungstellung des Protokolls zu lang gewesen sei. Er widersprach daher der Genehmigung.

Herr von den Berg gab bekannt, dass er sich enthalten werde, da er als Vertretung für Frau Weinstock anwesend sei und nicht an der Sitzung am 17.05.2021 teilgenommen habe.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 17.05.2021 wurde mit 13 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung mehrheitlich genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Bewerbung der Stadt Wilhelmshaven für die Landesgartenschau (LAGA) 2026 **195/2021**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Tönjes erklärte, dass er die Beschlussvorlage ablehne, da dies eine Kostenfalle sei und Widerstand in der Bevölkerung wecke.

Herr Marušić entgegnete, dass die Landesgartenschau Entwicklungen ermögliche, die zu einer dauerhaften Verbesserung des Lebensraumes führen würden. Auch für den Tourismus und im Standortmarketing sei dies eine große Chance. Die bisherige Bürgerbeteiligung habe aufgrund der Pandemie nur digital stattgefunden, man hoffe jedoch, in den nächsten Monaten die Bürger noch intensiver beteiligen zu können.

Herr von den Berg sprach sich gegen die Beschlussvorlage aus. Die Landesgartenschau sei nicht nachhaltig und auch nicht gewinnbringend für die Ökologie. Außerdem würde der Stadtpark dadurch mindestens 6 Monate für die Bürgerinnen und Bürger nicht kostenlos zugänglich sein. **Herr von den Berg** mahnte auch vor den finanziellen Folgen für die Stadt.

Herr Oberbürgermeister Feist zeigte sich überrascht über die Kritik und widersprach dieser. Die Landesgartenschau sei eine dauerhafte touristische Investitionsmaßnahme. Er erklärte außerdem, dass die Existenz einer Bürgerinitiative nicht bedeuten würde, dass alle Bürger gegen die Landesgartenschau seien.

Den Bürgern würden weiterhin die parallelen Wege des Stadtparkes zur Verfügung stehen und bei der Durchführung der Landesgartenschau sollen auch ökologische Aspekte beachtet werden. Er fasste zusammen, dass die Landesgartenschau viele Chancen biete.

Herr Hellwig kündigte an, dass die Gruppe CDU/WBV der Beschlussvorlage vorbehaltlich der abschließenden Beratung innerhalb der Gruppe zustimmen werde. Aufgrund des finanziellen Hintergrundes, müsste die Maßnahme kritisch hinterfragt werden, die Stadt solle sich jedoch zunächst bewerben. Er betonte, dass die Stadt eine Pflicht habe den Stadtpark wiederherzustellen und sich die Landesgartenschau dafür gut eignen würde.

Herr Walpurgis erinnerte an die Expo 2000 und sagte, dass in der Vergangenheit die Landesgartenschau selten komplett positiv für die betroffenen Kommunen ausgegangen sei. Man habe genug andere Potenziale und Möglichkeiten um den Tourismus zu fördern. Er warnte vor einem finanziellen Defizit durch die Landesgartenschau und sprach sich gegen die Beschlussvorlage aus.

Herr Becker erkundigte sich, ob es innerhalb des Ausschusses Einwände gegen einen Wortbeitrag des Bürgers und Gründer der Initiative „Keine Landesgartenschau im Rüstringer Stadtpark", Herrn Egon Rotter, gebe.

Nachdem es keine Einwände gab, erteilte **Herr Becker** den Herrn Rotter das Wort.

Herr Rotter erläuterte, dass die Landesgartenschau große Einschränkungen für die Bürger der Stadt verursachen würde. Er bemängelte, dass die Beteiligung der Bürger vor der Machbarkeitsstudie nicht wie empfohlen erfolgt sei. Außerdem kritisierte Herr Rotter, dass die Landesgartenschau in der Vergangenheit zu hohen Verlusten in den Kommunen geführt habe und die vorgelegte Planung zu positiv gerechnet worden sei. Als Beispiel nannte er die geringe Toilettenanzahl für die hohe Anzahl der geplanten Tagesbesucher und die geringen Plankosten für den Rückbau.

Herr Marušić antwortete, dass genügend Mittel in der Planung angesetzt worden seien und die nötigen Baumaßnahmen nicht so intensiv seien. Es sei geplant nur 6 Monate Eintritt zu verlangen.

Herr Dr. Schulte kritisierte die Studie und zweifelte an einen wirtschaftlichen Vorteil für die Stadt und an der Umweltfreundlichkeit. Außerdem hinterfragte er kritisch, ob die Landesgartenschau Touristen anziehe. Seiner Auffassung nach sei es sinnvoller mit Restaurierungsmitteln den Stadtpark wiederherzustellen und durch die Wilhelmshavener Touristik und Freizeit GmbH dort Veranstaltungen zu planen.

Herr Harms bedauerte die Bedenken und sprach sich für die Landesgartenschau aus. Er sagte, dass man sich keine Sorgen bezüglich der Umweltfreundlichkeit machen müsse, da auch das Umweltamt beteiligt werden würde.

Herr Harms hob hervor, dass es aktuell lediglich um die Bewerbung gehe und man damit noch keine Verpflichtung eingehen würde.

Herr Reese sprach sich ebenfalls für die Beschlussvorlage aus

Auf Nachfrage von **Herrn Harms** erklärte **Herr Bruns**, dass die finanzielle Seite erst im September beleuchtet werde und es sich bei der Durchführung der Landesgartenschau um eine freiwillige Aufgabe handelt.

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich, ob die Verwaltung mit der Kommunalaufsicht über die Landesgartenschau gesprochen habe. Die Kommunalaufsicht müsse nach Einreichen der Bewerbung eine Stellungnahme bezüglich der Leistungsfähigkeit der Kommune abgeben. Er teilte mit, dass man auch die IHK und die DEHOGA anhören sollte.

Herr Müller antwortete, dass nach der Beschlussfassung im Rat mit der Kommunalaufsicht gesprochen werden soll.

Herr Jacques erläuterte, dass einige Kommunen noch nach vielen Jahren Eintritt für die Gebiete der Landesgartenschau verlangen und er dies auch in Wilhelmshaven befürchte. Er wies auf die schlechte finanzielle Situation hin und rief zu einer sachlichen Diskussion auf. Es sollte intensiv überlegt werden, was man dem zukünftigen Rat aufbürden möchte. Er verkündete, dass sich die SPD-Fraktion enthalten werde.

Frau Bakir erkundigte sich, ob die Bewerbung nicht verschoben werden könne, damit das Bürgerbegehren abgewartet werden könnte.

Herr Marušić teilte mit, dass die Bewerbungsunterlagen für die Landesgartenschau 2026 bis zum 30.09.2021 eingereicht werde müssten. Eine spätere Bewerbung wäre dann lediglich für die Landesgartenschau im Jahr 2030 möglich.

Herr Becker informierte, dass schon viele Wilhelmshavener Interessenvereinigungen sich positiv zu einer Landesgartenschau geäußert hätten. Die WBV sehe die Bewerbung als eine Art Prüfauftrag an, da erst nach der Bewerbung die finanziellen Auswirkungen ermittelt werden könnten.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Bewerbung der Stadt Wilhelmshaven für die Durchführung der Landesgartenschau im Jahr 2026. Die Bewerbungsunterlagen sind auf Grundlage der Machbarkeitsstudie Landesgartenschau 2026 zu erstellen und bis zum 30.09.2021 einzureichen. Die detaillierte Darstellung der erforderlichen finanziellen, personellen und sachlichen Ressourcen und der Beschluss über die Bereitstellung erfolgt in der Sitzung des Rates am 22.09.2021.

4.2 Neubau des Trilateralen Weltnaturerbe Wattenmeer Partnerschaftszentrum (TWWP) – Gesamtkostensituation und Fortführung des Projektes **201/2021**

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. Schulte brachte einen Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW ein und berichtete, dass dieser im Betriebsausschuss GGS einstimmig angenommen worden sei. Demnach soll in dem Beschlussvorschlag festgelegt werden, dass die ausgewiesenen Gesamtbaukosten für das TWWP in Höhe von 19,7 Mio. € nicht überschritten werden dürfen. Außerdem soll GGS eigene Vorschläge zur kostensenkenden Umgestaltung entwickeln und die Verwaltung soll die Kostenentwicklung mit Land und Bund erörtern und eine höhere Förderung, sowie eine höhere Miete erwirken. Sollten die Maßnahmen zu keiner Lösung führen, soll die Umsetzung des ausgewählten Entwurfs eingestellt werden und alle Honorarverträge gekündigt werden. In der Beschlussvorlage soll außerdem enthalten sein, dass die Stadt weiterhin an dem Plan, das TWWP in Wilhelmshaven anzusiedeln, festhält.

Herr von den Berg beantragte im Anschluss, dass über die Punkte des Änderungsantrages einzeln abgestimmt wird. Er betonte, dass das TWWP notwendig sei. Die Kostendeckelung sei richtig, ein Abbruch der Umsetzung sei jedoch schwierig.

Auf Nachfrage von **Herrn Jacques** teilte **Herr Schönfelder** mit, dass es juristisch keinerlei Bedenken gegen den Änderungsantrag gebe.

Herr Jacques gab bekannt, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen werde.

Herr Tönjes sprach sich für den Änderungsantrag aus, da dieser die Beschlussvorlage präzisiere und freundlicher formuliert sei. Er hob hervor, dass es in Ordnung sei rechtzeitig die Notbremse zu ziehen und dies keine Blamage sei. Das TWWP sei wünschenswert, sollte das Land und der Bund jedoch keine Kosten übernehmen, sei ein Abbruch des Vorhabens notwendig.

Herr Hellwig erklärte, dass die Gruppe CDU/WBV den Änderungsantrag nicht erhalten habe und sich daher zunächst enthalten werde. Der Beschlussvorlage werde grundsätzlich zugestimmt.

Herr Dr. von Teichman erörterte, dass der Punkt 4 der Beschlussvorlage bedeuten würde, dass das TWWP gestrichen werde und man mit dem Änderungsantrag noch alle Maßnahmen zur Verhinderung ausschöpfen würde. Dieser letzte Versuch sei wichtig und sollte unbedingt wahrgenommen werden.

Herr Marušić sagte, dass der Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW dem Gedanken der Verwaltung hinter der Beschlussvorlage beschreiben würde und diese lediglich noch deutlicher machen würde.

Es wurde einzeln über die Punkte des Änderungsantrages der Gruppe FDP/FW abgestimmt.

Punkt 3
7 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 7 Enthaltungen
Punkt 4
7 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 7 Enthaltungen
Punkt 5
9 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 5 Enthaltungen
Punkt 6
8 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen
Punkt 7
9 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen

Der Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW wurde mehrheitlich angenommen.
Anschließend rief **Herr Becker** zur Abstimmung über die geänderte Beschlussvorlage auf.

Die geänderte Beschlussvorlage wurde mit 11 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-

1. Das Ergebnis der Ausführungsplanung für das TWWP-Gebäude mit Gesamtbaukosten einschließlich der Baunebenkosten (Honorare) von ca. 26,74 Mio EUR wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Gesamtprojektkosten einschließlich des Nebengebäudes und der Außenanlagen in Höhe von ca. 30,74 Mio EUR werden zur Kenntnis genommen.
3. GGS wird beauftragt dem Architektenbüro Dorte Mandrup und den Projekt-Fachplanern zu verdeutlichen, dass ~~die im Wirtschaftsplan GGS ausgewiesenen Gesamtbaukosten für das TWWP in Höhe von 19,70 Mio EUR bindend als Kostenobergrenze festgelegt und durch die Büros zu garantieren sind.~~
   a) die im Wirtschaftsplan GGS ausgewiesenen Gesamtbaukosten für das TWWP in Höhe von 19,70 Mio. EUR nicht überschritten werden dürfen.
   b) Der Entwurf ggf. so zu verändern ist, dass der Kostenrahmen eingehalten wird.
4. ~~Für den Fall, dass die Kostenobergrenze für das TWWP nicht eingehalten werden kann, ist die Umsetzung des im Wettbewerb ausgewählten Entwurfs sofort einzustellen und alle Honorarverträge zu kündigen. Die Zuschussgeber und die Nutzer sind unverzüglich zu informieren.~~
   GGS entwickelt eigene Vorschläge zu einer kostensenkenden Umgestaltung, die mit dem Büro Dorte Mandrup zu besprechen sind

5. Die Verwaltung erörtert die Kostenentwicklung mit Land und Bund mit dem Ziel, eine höhere Förderung und höhere Miete zu erwirken.

6. Für den Fall, dass die Maßnahmen zu 3., 4. und 5. Zu keiner Lösung führen, ist die Umsetzung des im Wettbewerb ausgewählten Entwurfs einzustellen und alle Honorarverträge zu kündigen. Mit den Beteiligten ist sodann eine Ersatzlösung zu besprechen.

7. Die Stadt hält an dem Plan fest, das TWWP in Wilhelmshaven anzusiedeln.

4.3 Antrag Gruppe Die FRAKTION: Entwicklung der Stadt zum Wissens- und Innovationsstandort 1. Lesung **539/2021**

Herr Tönjes brachte den Antrag ein. Er bat um Zustimmung und erklärte, dass die Folge des Antrages eine Beschlussvorlage der Verwaltung wäre, an der alle mitarbeiten könnten.

Herr Dr. von Teichman sagte, dass dies zu hoch gegriffen sei und die Stadt sich auf das Notwendige und Machbare konzentrieren sollte.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, das Oberzentrum Wilhelmshaven wird zum Wissens- und Innovationsstandort entwickelt.

1. Die Verwaltung erarbeitet hierzu ein entsprechendes Konzept und macht dem Rat hierzu Vorschläge für eine Beschlussvorlage.

2. Der Rat beschließt nach der Beratung entsprechende Richtlinien für die Verwaltung gemäß § 58 NKomVG.

4.4 Antrag Gruppe GUS: Kostenloser Eintritt für Kinder und Jugendliche im Freibad Nord und im Nautimo **546/2021**

Herr von den Berg brachte den Antrag der Gruppe GUS ein und bat um Zustimmung. Er warb um einen offenen Umgang mit dem Antrag und betonte, dass damit ein Signal, über die bürokratischen Probleme hinweg, gesetzt werden solle.

Herr Tönjes erklärte, dass man mit dem Antrag den Kindern und Jugendlichen zeige, dass sie auch der Politik wichtig seien.

Herr Moriße kritisierte, dass die AfD-Fraktion den Antrag zuerst gestellt habe und warf der Gruppe GUS geistigen Diebstahl vor. Er werde dem Antrag trotzdem zustimmen, da es um die Kinder und Jugendlichen gehe.

Herr Dr. von Teichman hielt den Antrag für nicht umsetzbar. Er bemängelte, dass keine ausreichende Finanzierung genannt werde. Das Freibad Nord und auch das Nautimo seien auf die Einnahmen angewiesen, die Zuschüsse der Stadt seien vertraglich geregelt. Die Einnahmeausfälle im öffentlichen Nahverkehr müssten ebenso finanziert werden. Außerdem sei eine Kinderferienkarte im Freibad Nord relativ günstig und erschwinglich. Des Weiteren hinterfragte **Herr Dr. von Teichman**, ob auch Kinder aus anderen Gemeinden kostenlosen Eintritt erhalten sollen und wie Einlasskontrollen stattfinden sollen.

Frau Marxfeld erkundigte sich, welche Altersgruppe als Jugendliche definiert sei.

Herr von den Berg erklärte, dass alle Kinder und Jugendliche gemeint seien, die nicht erwachsen sind.

Frau Bakir fragte, wie die finanziellen Auswirkungen seien.
Herr Schönfelder erklärte, dass nach der politischen Entscheidung die Umsetzung geprüft werde.

Herr Müller teilte mit, dass die Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH von Einnahmeverlusten im Freibad Nord in Höhe von 29.000 € netto und im Nautimo von 11.000 € netto ausgehe. Die Preisänderungen für den öffentlichen Nahverkehr müsste in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft beraten werden. Er wies darauf hin, dass Preisänderungen im Bereich des Nahverkehrs bei einer Regulierungsstelle gemeldet und geprüft werden müssen. Dies sei zeitlich kaum umsetzbar vor den Sommerferien

Herr Schönfelder sagte, dass nach der Beschlussfassung eine vertiefte Prüfung erfolge und dann auch geprüft werde, ob die Regulierungsstelle beteiligt werden müsste.

Herr Oberbürgermeister Feist entgegnete, dass die Regulierungsstelle auf jeden Fall beteiligt werden müsste und der Antrag aus formalen Gründen nicht bis zu den Sommerferien umsetzbar sei.

Herr Bruns fügte hinzu, dass bei solchen freiwilligen Aufgaben auch die aktuelle finanzielle Lage berücksichtigt werden sollte. Er verwies auf einen späteren Vortrag zur aktuellen Finanzlage.

Herr Moriße merkte an, dass der Antrag der AfD-Fraktion aus den genannten Gründen nicht die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs enthalte. Er habe vorab mit Herrn Rademacher gesprochen und sich deshalb dagegen entschieden. Er bat darum, dass in Anschluss auch über den Antrag der AfD-Fraktion abgestimmt wird.

Herr Schönfelder schlug vor über den Antrag der Gruppe GUS in zwei getrennten Punkten abzustimmen. Der erste Punkt wäre der freie Eintritt im Freibad Nord und im Nautimo und der zweite Punkt wäre die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.

Herr Becker entschied sich dafür, zunächst über den Antrag der Gruppe GUS und anschließend über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen zu lassen.

Herr Becker erläuterte, dass in der aktuellen Zeit durch die Pandemie nicht so viele Besucher in die Schwimmbäder dürften und dies zu Problemen führen könne, wenn alle Kinder und Jugendlichen gleichzeitig das Schwimmbad nutzen wollen. Er hinterfragte, ob die Kinder und Jugendliche, die nicht schwimmen gehen, anderweitig belohnt werden. Zusätzlich kritisierte er die Erhöhung der Eintrittsgelder für den Sauna- und Wellnessbereich im Nautimo zur Finanzierung. Die höheren Preise könnten Besucher abschrecken.

Herr Dr. Schulte verwies auf das große Angebot des Sommerferienprogrammes, durch dieses werden viele Kinder und Jugendliche gefördert. Im Rahmen dessen gebe es sogar Schwimmkurse.
Herr Becker rief zur Abstimmung über den Antrag der Gruppe GUS auf.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat möge beschließen:
Die Stadt Wilhelmshaven gewährt allen Kindern, Schülerinnen und Schülern während der bevorstehenden Sommerferien freien Eintritt im Freibad Nord und im Nautimo. Zudem sollen Kinder, Schülerinnen und Schüler ebenfalls während der gesamten Sommerferien ohne Ticket gratis den öffentlichen Nahverkehr nutzen dürfen.

4.5 Antrag AfD-Fraktion: Kostenloser Eintritt für Kinder und Jugendliche im Freibad Nord und im Nautimo **545/2021**

Nach der erfolgten Diskussion unter dem Tagesordnungspunkt 4.4 und der Ablehnung des Antrages der Gruppe GUS rief **Herrn Becker** zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion auf.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge beschließen:
Die Verwaltung wird beauftragt, allen Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren in diesem Sommer den Zugang für das Freibad Nord und wenn möglich auch für das Nautimo kostenlos anzubieten.

4.6 Antrag Gruppe CDU/WBV: Neue Stadthalle **547/2021**

Herr Hellwig brachte den Antrag ein und ergänzte diesen mit einem Änderungsantrag.
Mit dem Änderungsantrag sollen die Kriterien der Ausschreibung festgelegt werden. Diese Kriterien sind demnach die Größe und Art des Neubaus, die vorgesehenen Veranstaltungen, ein Konzept für die Nutzung durch die Stadt Wilhelmshaven und ihrer angeschlossenen Gesellschaften beziehungsweise Betriebe, die Bewirtschaftungsform und alle finanziellen, personellen und materiellen Erwartungen gegenüber der Stadt Wilhelmshaven.
Laut Änderungsantrag sollen die Bewerbungen dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden.
Herr Hellwig führte aus, dass ein Investor für die neue Stadthalle die einzige Möglichkeit sei und man mit Sicherheit mehrere Investoren finden werde.

Herr Moriße teilte mit, dass die AfD-Fraktion den Antrag ablehnen werde, da die finanzielle Lage der Stadt dies nicht zulasse. Er vertrat die Meinung, dass eine Stadthalle in kommunale Hand gehöre und man das Projekt ruhen lassen sollte bis die Stadt den finanziellen Spielraum habe.

Herr von den Berg sagte, dass ein Investor, gerade aufgrund der finanziellen Situation der Stadt, eine gute Lösung sei. Er persönlich sprach sich für den Antrag aus, dieser solle aber noch innerhalb der Gruppe GUS besprochen werden.

Herr Dr. von Teichman kritisierte, dass erst im März die Prüfung des Standortes beschlossen worden sei und diese Prüfung noch nicht abgeschlossen sei. Er erinnerte daran, dass der Gutachter zum Neubau im Vortrag erklärt habe, dass sich kein Betreiber finden werde, da es sich um ein Defizitgeschäft handeln werde. Er vertrat die Auffassung, dass der Antrag zurückgezogen werden sollte.

Herr Walpurgis betonte, dass ein stetiger Dialog und Diskussion wichtig sei. Es sei schon die ganze Zeit darauf hingewiesen worden, dass die Suche eines (Co-) Investor eine gute Lösung sei. Sollte sich ein Investor bereit erklären, solle man dies wohlwollend prüfen.

Herr Tönjes erklärte, dass die Stadt keine Stadthalle brauche und hinterfragte, wie mit dem Grundstück und dem Abriss umgegangen werden soll, wenn sich kein Investor findet.

Herr Dr. von Teichman merkte an, dass mit dem Antrag ein Beschluss des Rates aus dem März abgeändert werde und dies laut Geschäftsordnung nicht innerhalb des kurzen Zeitraumes erlaubt sei.

Herr Schönfelder erläuterte, dass eventuell aufgrund der Entwicklung der finanziellen Situation eine geänderte und damit neue Sachlage vorliegt. Sollte eine neue Sachlage bestehen, wäre eine Abänderung des Beschlusses rechtlich möglich.
Es folgte eine kurze Unterbrechung in der über das weitere Vorgehen beraten wurde.

Anschließend teilten **Herr Oberbürgermeister Feist** und **Herr Schönfelder** mit, dass die Verwaltung die Meinung vertritt, dass eine neue Sachlage vorliegt. Durch die vorliegende Haushaltsverfügung und der mittelfristigen Haushaltsplanung habe sich die Sachlage geändert und eine Änderung des Beschlusses sei damit möglich.

Herr Dr. von Teichman widersprach dieser Auffassung und forderte die Einhaltung der Geschäftsordnung.

Herr Dr. Schulte wies darauf hin, dass der Vorsitzende die Entscheidung treffen müsse.

Herr Becker schloss sich als Vorsitzender der Auffassung des Rechtsamtes an und rief anschließend zur Abstimmung über den Antrag der Gruppe CDU/WBV inklusive des Änderungsantrages auf.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt möge beschließen, den Betrieb Grundstücke und Gebäude (BGGS) zu beauftragen den Verkauf der stillgelegten Stadthalle an einem Investor zeitnah zu realisieren mit dem Ziel, die Stadthalle abreißen zu lassen und durch einen privaten Betreiber neu am bisherigen Standtort bauen zu lassen.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **179/2021**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich bei allen Spendern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Armin Schipper, Sachverständiger, Bergstraße. 16, 50226 Frechen- Königsdorf	130,00 €	Sachzuwendung an Neues Gymnasium für ein anatomisches Funktionsmodell - Ohr

2. Firma Majorel Wilhelmshaven GmbH, Olympiastraße 1, 26419 Schortens	450,00 €	Spende von 3 Insektenhotels, die in öffentlichen Grünanlagen oder auf den Obstwiesen aufgebaut werden.
3. Firma NEOG, Die Handelsagentur, Carsten Harms e. K., Hermann-Ehlers-Straße 30, 26386 Wilhelmshaven	300,00 €	Geldspende für die Freiwillige Feuerwehr Sengwarden

6 Mitteilungen und Anfragen

Abführung Aufsichtsratsmitglieder

Herr Dr. von Teichman erinnerte an die Abführungen der Aufwandsentschädigungen der Aufsichtsratsmitglieder und bat um baldige Regelung.

6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

Vortrag Energiedrehscheibe 2.0

Herr Oberbürgermeister Feist kündigte an, dass Herr Janßen einen Vortrag zum Thema Energiedrehscheibe 2.0, unter anderem aufgrund der Anregung von Herrn Dr. von Teichman, halten werde. Anschließend übergab er das Wort an Herrn Janßen.

Herr Janßen begann seinen Vortrag und stellte die Mitglieder der Initiative Energiedrehscheibe 2.0 vor. Außerdem erläuterte er den Anlass für die Gründung, die Zielsetzung und die Maßnahmen. Ziel der Initiative sei die Bündelung und Unterstützung der unternehmerischen Ideen, Projekte und Vorhaben, die gemeinschaftliche Positionierung des Hafens als Energiedrehscheibe 2.0 und der Wandel vom „alten Massenguthafen für fossile Energie“ zum innovativen Energiehub. Die Erstellung einer Übersicht interessierter Industrieunternehmen, sowie die Erstellung einer Standortanalyse seien bereits erfolgt. Die Standortanalyse sei durch die „Merkel Energy GmbH“ durchgeführt worden, demnach habe der Hafen hervorragendes Potential, um als deutsche Energiedrehscheibe 2.0 maßgeblich zur Energiewende beizutragen. Trotzdem sei der Hafen dafür auf politische Unterstützung angewiesen. Als weitere Maßnahmen der Initiative solle die Vermarktung der Standortvorzüge des Hafens und Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit erfolgen.

Nach dem Vortrag kritisierte **Herr Dr. von Teichman**, dass die Firma „Merkel Energy“ bereits zum Thema LNG ein Gutachten erstellt habe. Nach diesem sei das Ergebnis für Wilhelmshaven auch super gewesen, jedoch sei es in der Realität ganz anders gekommen.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Beiräte

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich, ob bereits die Beiräte organisiert und eingeführt worden seien. Außerdem fragte er, ob die Homepage aktualisiert werde und wo der genaue Standort der Gesellschaft sein werde.

Herr Leonhardt erklärte, dass die Beiräte ab dem Jahr 2022 eingeführt werden sollen und man bezüglich des Standortes noch in Gesprächen sei. Die Gesellschaft werde eine eigene Homepage einrichten.

6.2 Budget- und Produktberichte zum 30.04.2021 - Teilhaushalte 103, 113, 420, 666 und 999

Herr Müller hielt einen Vortrag über die Budget- und Produktberichte der Teilhaushalte Finanzen, Konzern Stadt und Allgemeine Finanzen. Er stellte kurz vor, welche Produkte als wesentlich gekennzeichnet sind. Im Teilhaushalt Finanzen wird eine Verschlechterung im Vergleich zum Ansatz in Höhe von 258.000 € prognostiziert. Hierfür seien die Niederschlagungen von Nebenforderungen ausschlaggebend. Im Konzern Stadt werde im Vergleich zur Haushaltsplanung eine Verbesserung von 49.000 € prognostiziert.
Im Teilhaushalt Allgemeine Finanzen sei mit einer Verschlechterung von 171.000 € zu rechnen, hierbei sei jedoch die negative Deckungsreserve berücksichtigt. Die eingeplanten Einsparungen werden nicht im Teilhaushalt Allgemeine Finanzen anfallen, sondern verteilen sich auf andere Teilhaushalte.

6.3 Haushaltsbericht zum 30.04.2021

Herr Bruns stellte den Haushaltsbericht zum 30.04.2021 vor. Demnach werde eine Ergebnisverschlechterung im Vergleich zur fortgeschriebenen Planung in Höhe von 2.458.000 € prognostiziert. Relevante Planabweichungen lägen in den Teilhaushalten Soziales, Jugend und Feuerwehr, sowie bei den Schlüsselzuweisungen vor. Außerdem stellte er die weiteren Entwicklungen dar, demnach sind aufgrund der Steuerschätzung des Arbeitskreises Steuern mit weiteren erheblichen Verschlechterungen im Bereich der Einkommens- und Umsatzsteuer zu rechnen. Zusätzlich seien weitere Verschlechterung im Bereich des Jugendamtes zu erwarten, so dass ein neues Haushaltsdefizit in Höhe von 18.469.000 € zu erwarten sei. Zum Abschluss erläuterte **Herr Bruns** die Maßnahmen zur Gegensteuerung. Dazu gehöre unter anderen der Aufbau eines engmaschigen Finanzcontrollings im Jugendamt, die Vermeidung von Vorbelastungen für künftige Haushaltsjahre ohne Deckung, eine strenge Aufgabenkritik und eine restriktive Ausführung des Haushaltes. Das weitere Vorgehen soll im Verwaltungsvorstand am 19.07.2021 abgestimmt werden.

Herr Dr. von Teichman hinterfragte, ob im Jugendamt zu optimistisch geplant worden sei und ob bezüglich der Steuerausfälle Hilfe vom Bund oder Land zu erwarten sei.

Herr Schönfelder berichtete, dass die finanzielle Entwicklung des Fachbereiches Jugend sehr bedenklich sei. Es handelt sich bei den meisten Aufwendungen um Pflichtaufgaben und insbesondere im Bereich der Heimerziehung gebe es einen großen Fallanstieg. Im Jugendhilfeausschuss sollen die Aufgaben des Jugendamtes ausführlich geprüft werden. Das Jugendamt habe einen umfassenden Katalog mit Maßnahmen zur Gegensteuerung erstellt.

Herr Bruns teilte mit, dass weitere Hilfen seitens des Bundes oder Landes unwahrscheinlich seien und eine intensive Haushaltskonsolidierung nicht vermeidbar sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr Bruns**, dass aktuell die Maßnahmen abgewartet werden sollen und man momentan nicht davon ausgehe einen Nachtragshaushalt erstellen zu müssen.

6.4 Bericht zur Stabilisierungshilfe

Herr Müller stellte den Bericht zur Stabilisierungshilfe vor.
Er erinnerte daran, dass laut Stabilisierungsvereinbarung keine Defizite geplant werden dürfen, sonst bestehe eine Konsolidierungspflicht.
Da jedoch die Corona-Pandemie außerhalb des Einflussgebietes läge und in Vorjahren deutlich mehr Fehlbeträge abgebaut worden seien als vereinbart, sei das Ministerium für Inneres und Sport mit den vorgelegten Planzahlen einverstanden.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:28 Uhr

Bruns Stadtkämmerer	Becker Vorsitzender	Zahn Protokollführerin